

JAHRESBERICHT 2008 ZUM SCHWEIZERISCHEN ERWEITERUNGS- BEITRAG



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
1. Überblick Erweiterungsbeitrag	5
2. Aktivitäten im Jahr 2008	6
3. Thematische Schwerpunkte	9
4. Möglichkeiten der Zusammenarbeit	14
5. Kontakte und Adressen	15

Editorial

Die EU-Erweiterung bedeutet einen grossen Schritt zu mehr Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent und eröffnet der Schweiz neue politische und wirtschaftliche Perspektiven.

Zur Förderung dieses Prozesses unterstützt die Schweiz den Abbau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in der erweiterten EU mit einem Beitrag von einer Milliarde Franken. Der Beitrag wird von der Schweiz und den neuen EU-Mitgliedstaaten in Form von Projekten und Programmen gemeinsam umgesetzt.

Der schweizerische Erweiterungsbeitrag zugunsten der neuen EU-Mitgliedstaaten ist im letzten Jahr von der Vorbereitungs- in die Umsetzungsphase getreten. Standen im Jahr 2007 noch die Genehmigung des Rahmenkredits durch das Parlament und die Verhandlungen der bilateralen Rahmenabkommen im Vordergrund, begann 2008 die Vorbereitung der operationellen Umsetzung.

DEZA und SECO als verantwortliche schweizerische Behörden für die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags haben in vier Städten – Budapest, Prag, Riga und Warschau – Büros eingerichtet, um vor Ort die gute Verwendung der Mittel sicherzustellen. Die zehn Partnerländer haben die für die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags notwendigen Institutionen geschaffen oder eingesetzt und die nationalen Gesetze und Verordnungen angepasst.

Nach Abschluss dieser Vorarbeiten konnten bis Ende 2008 bereits Projekte in der Höhe von 135,5 Millionen Franken provisorisch oder definitiv genehmigt werden.

Durch den Erweiterungsbeitrag kann die Schweiz ihre Präsenz in Mittel- und Osteuropa verstärken und die Zusammenarbeit in verschiedenen Gebieten vertiefen. Die Schweiz ist damit starker, unabhängiger Partner der Europäischen Union im Allgemeinen und der neuen EU-Mitgliedstaaten im Besonderen.

Martin Dahinden

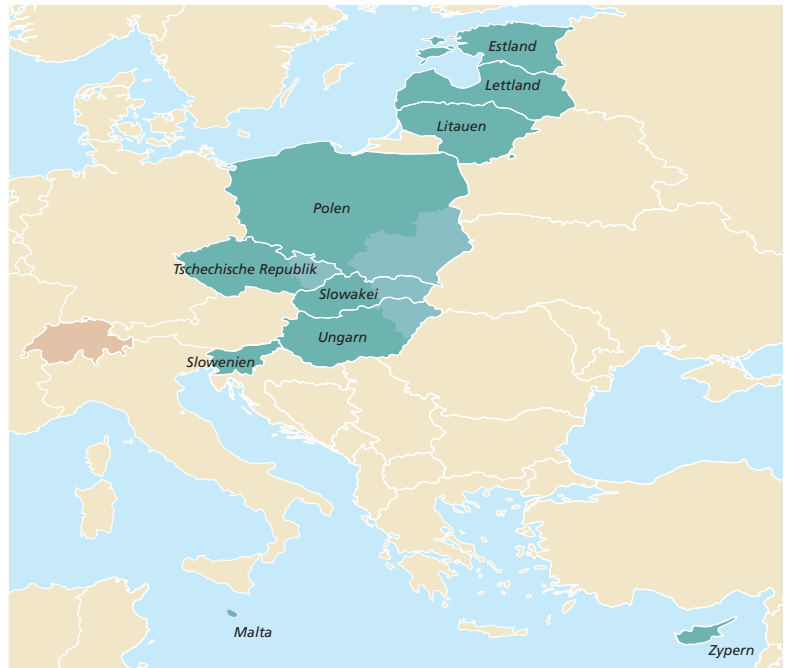
Botschafter
Direktor der DEZA



Jean-Daniel Gerber

Staatssekretär
Direktor des SECO





1. Überblick Erweiterungsbeitrag

Mit dem Erweiterungsbeitrag von einer Milliarde Franken unterstützt die Schweiz den Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (EU). **Der Erweiterungsbeitrag** wird in Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern in **Form von Projekten und Programmen umgesetzt**.

Der Schweizer Beitrag stützt sich auf das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas, welches am 26. November 2006 vom Schweizer Volk gutgeheissen wurde. Mit dem Beitrag festigt die Schweiz nicht nur die Beziehungen zur EU, ihrem wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Partner – sie zeigt sich auch solidarisch und nimmt in Europa Verantwortung wahr.

Der Erweiterungsbeitrag wird vom **Staatssekretariat für Wirtschaft SECO** und der **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA** gemeinsam umgesetzt. Die Mittel werden in den vier thematischen Schwerpunkten *Sicherheit, Stabilität und Reformen, Umwelt und Infrastruktur, Förderung der Privatwirtschaft sowie menschliche und soziale Entwicklung* eingesetzt.

In diesen vier Schwerpunkten können Projektvorschläge als Direkteingaben oder in öffentlichen Projektwettbewerben von Institutionen der Partnerländern eingereicht werden. Diese Projektträger leisten einen Eigenbeitrag von mindestens 15 Prozent an die Projektkosten. Eine Ausnahme sind die Fonds für Nichtregierungsorganisationen, wo tiefere Eigenbeiträge möglich sind.

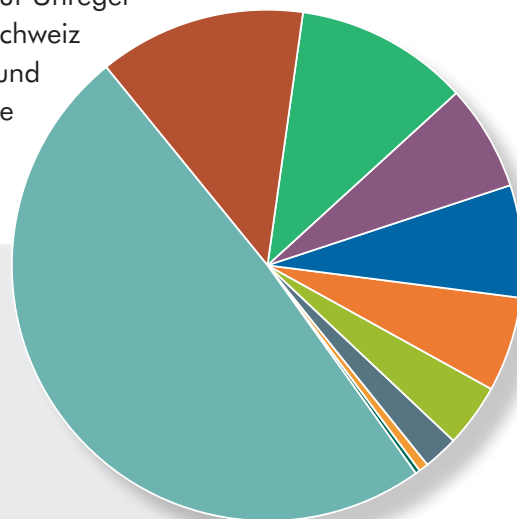
Die Finanzierungsgesuche durchlaufen ein umfassendes Genehmigungsverfahren und werden dabei sowohl vom Partnerland wie auch von der Schweiz geprüft. Die definitive Entscheidung über die Finanzierung eines Projekts liegt bei der Schweiz.

Um auch einen Beitrag zum Abbau der Ungleichheiten *innerhalb* der Partnerländer zu leisten, sollen in den vier grösseren Ländern – Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn – rund 40 Prozent der Mittel in den strukturschwachen, östlichen Randregionen eingesetzt werden (siehe Karte).

Liefer- und Dienstleistungsverträge zur Umsetzung von bewilligten Projekten werden gemäss den gesetzlichen Vorschriften des öffentlichen Beschaffungswesens der Partnerländer, der EU und der Welthandelsorganisation (WTO) vergeben.

Mit allen zehn Partnerstaaten hat die Schweiz sowohl auf Projekt- wie auch auf Programmebene regelmässige Kontrollen, Evaluationen und Buchprüfungen (Audits) vereinbart. Bei Verdacht auf Unregelmässigkeiten kann die Schweiz Auszahlungen stoppen und unrechtmässig ausbezahlte Beiträge zurückfordern.

in Mio. CHF	
Polen	489.0
Ungarn	130.7
Tschechische Republik	109.8
Slowakei	66.9
Litauen	70.9
Lettland	59.9
Estland	39.9
Slowenien	22.0
Zypern	6.0
Malta	3.0



2. Aktivitäten im Jahr 2008



Damit die finanziellen Mittel des schweizerischen Erweiterungsbeitrags effizient und zielgerichtet eingesetzt werden können, waren 2008 verschiedene Vorbereitungsarbeiten in den Partnerländern und in der Schweiz nötig.

Seitens der Partnerländer konnten bis Ende Jahr folgende Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen werden:

- In jedem Land wurde eine *nationale Koordinationseinheit (NCU)* eingesetzt, die für die Koordination des Erweiterungsbeitrags im Partnerland zuständig ist.
- Für die Verankerung der Umsetzungsverfahren (z.B. für die Projektauswahl und die Zahlungsprozeduren) haben die Partnerländer eine Reihe von Gesetzen, Verordnungen und Anleitungen erlassen.
- Zur fachlichen Unterstützung der Projektselektion in bestimmten Programmbereichen wurden Fachministerien und andere Institutionen einbezogen. Zudem wurde eine Kommission geschaffen, die sicherstellt, dass Vertreter der Regionen sowie der Zivilgesellschaft ein Mitspracherecht bei der Projektauswahl haben.
- Alle Partnerstaaten haben ausserdem ein Monitoring-Komitee eingesetzt und weitere Grundlagen für ein umfassendes Monitoring- und Controlling-System geschaffen.

Auch die Schweiz hat die Umsetzungsstrukturen für den Erweiterungsbeitrag

plangemäss aufgebaut. Im ersten Quartal 2008 haben die vier Schweizer Büros in Budapest, Prag, Riga und Warschau ihre Arbeit aufgenommen, lokales Personal rekrutiert und ausgebildet. Durch die enge Zusammenarbeit mit den Partnerländern bei der Definition der Themenbereiche gelang es DEZA und SECO, in allen zehn neuen EU-Mitgliedsländern Schweizer Erfahrung in das Programm einfließen zu lassen.

Anfang 2008 wurden in allen drei Sprachregionen der Schweiz und in den Partnerländern Informationsveranstaltungen zum Erweiterungsbeitrag durchgeführt. In der Schweiz und in den Partnerländern wurden zudem Internetplattformen eingerichtet.

Auf der Grundlage dieser Vorbereitungsarbeiten konnte Ende 2008 mit der Projektidentifizierung begonnen werden. Die Partnerländer haben in Zusammenarbeit mit der DEZA und dem SECO öffentliche Wettbewerbe zur Einreichung von Projektvorschlägen durchgeführt, an denen Gemeinden, Ministerien oder andere öffentlichen Institutionen der Partnerländer sowie internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen teilnehmen konnten. In den meisten Partnerländern haben Fachministerien zudem von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Projektvorschläge direkt einzureichen.



Anbei ein Überblick über die laufenden und abgeschlossenen Projekteingaben in den Partnerländern:

Tabelle 1: Laufende und abgeschlossene Projekteingaben 2008

Bereich	Land	vorge- sehener Betrag (Mio. CHF)	Termin der Projekteingabe
Umwelt und Infrastruktur	Slowenien	9	27.06.2008
	Ungarn	32	30.09.2008
	Estland, Lettland, Litauen	47	laufend
Grenzschutz	Estland	3.5	22.07.2008
	Polen	20	laufend
Modernisierung des Gerichtswesens	Lettland	8	01.10.2008
Handelsförderung	Polen, Slowakei	14	laufend
Privatsektorförderung	Estland , Lettland , Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn	97	laufend
Regionale Entwicklung	Lettland	16	19.09.2008
	Polen	50	23.12.2008
Gesundheit und Soziale Dienste	Estland	7.14	25.06.2008
	Malta	2.74	14.04.2008
	Slowenien	3.5	27.06.2008
Forschung	Ungarn	4.5	30.01.2009
Stipendien	Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn	29.08	30.01.2009
Berufsbildung	Zypern	1.6	27.10.2008
Verhütung und Bewältigung von Naturkatastrophen	Ungarn	2.0	30.09.2008
	Estland	2.0	3.11.2008
Fonds für Nichtregierungsorganisationen	Zypern	0.19	07.01.2008
	Lettland	3.5	3.10.2008

Eingegangene Projektvorschläge werden in den Partnerländern und der Schweiz laufend von den zuständigen Entscheidungsgremien geprüft. In bestimmten Fachbereichen hat die Schweiz 2008 externe Experten zur Unterstützung der Projektbeurteilung beauftragt.¹ Bei der Projektbeurteilung kommt ein

mehrstufiges Verfahren zur Anwendung: Zuerst muss ein Finanzierungsgesuch anhand des Projektkonzepts vom Partnerland und der Schweiz provisorisch gutgeheissen werden. Danach beurteilt das Partnerland das Projekt anhand der detaillierten und umfassenden Projektdokumentation. Die definitive Entscheidung

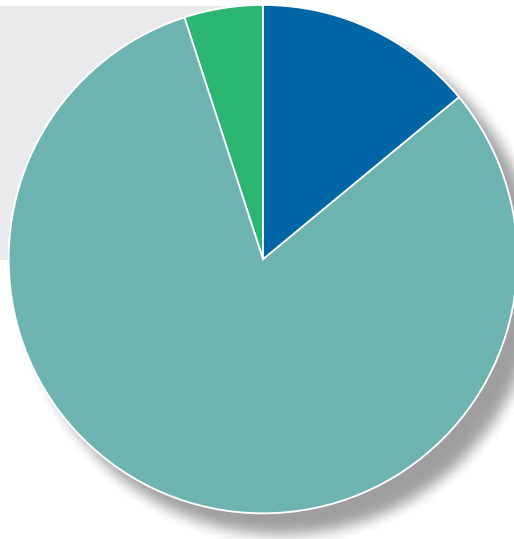
¹ Externe Mandate wurden 2008 öffentlich ausgeschrieben und in den Bereichen Gesundheit (Swiss Centre for International Health SCIH of the Swiss Tropical Institute, Basel), Regionale Entwicklung (KEK-CDC Consultants, Zürich), Infrastruktur (Pöyry Ltd, Frutiger AG, Ernst Basler + Partner AG und EBP) und in der Privatsektorförderung (SIFEM) vergeben.

über die Finanzierung eines Projektes liegt schliesslich bei der Schweiz.
 Bis Ende 2008 haben DEZA und SECO Projektfinanzierungsgesuche von insgesamt 135,5 Millionen Franken geprüft und provisorisch oder definitiv genehmigt. Dies entspricht 14,3% des Gesamtbeitrages, der im Rahmen des Erweiterungsbeitrags für Projekte vorgesehen ist.

Gemäss der laufenden Projektidentifizierung ist in den Jahren 2009 und 2010 mit einem raschen Anstieg der Verpflichtungen zu rechnen. DEZA und SECO gehen davon aus, dass die Mittel des Erweiterungsbeitrags bis Mitte 2012 in allen Partnerländern wie vorgesehen verpflichtet werden können.

Finanzielle Absorption des Erweiterungsbeitrags 2008

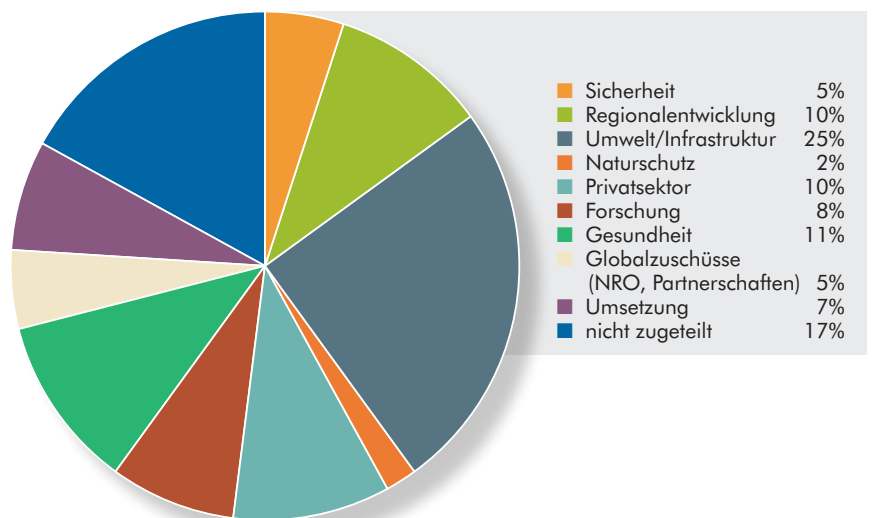
■ Schweizerische Verwaltungskosten (2008–2017)	5%
■ Provisorisch und definitiv gutgeheissene Projekte	14%
■ Noch zu genehmigendes Projektbudget	81%



Um den Abbau von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten auch in Bulgarien und Rumänien zu unterstützen, sieht die Schweiz künftig einen Beitrag von 257 Millionen CHF zugunsten der beiden Staaten vor, die der EU am 1. Januar 2007 beigetreten sind. Im Juni 2008 hat der Bundesrat deshalb ein Addendum zur Vereinbarung mit der EU zur Ausweitung des Erweiterungsbeitrags auf Bulgarien und Rumänien unterzeichnet. Das Parlament wird voraussichtlich bis Ende 2009 über einen solchen Rahmenkredit entscheiden.

3. Thematische Schwerpunkte

Der schweizerische Erweiterungsbeitrag deckt innerhalb der vier Schwerpunktthemen *Sicherheit, Stabilität und Reformen, Umwelt und Infrastruktur, Förderung der Privatwirtschaft* und *menschliche und soziale Entwicklung* unterschiedliche Bereiche der Zusammenarbeit ab. Die Zusammenarbeitsbereiche und deren Gewichtung wurden den Bedürfnissen in den Partnerländern angepasst. Die untenstehende Graphik zeigt, in welchen Bereichen die Schweiz mit den zehn EU-Mitgliedsländern zusammenarbeitet.



Umwelt und Infrastruktur

Das SECO stellt im Infrastrukturbereich insgesamt 252 Millionen Franken zur Verfügung. Die Projekte umfassen die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien, die Entsorgung von Sonderabfällen (z.B. Asbest, Spitalabfällen), die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, das Umweltmonitoring und den öffentlichen Regionalverkehr. Im Bereich Umweltschutz und Biodiversität finanziert die DEZA Projekte im Umfang von 20 Millionen Franken.

In Ungarn und Slowenien wurden 2008 öffentliche Aufrufe zur Eingabe von Infra-

strukturprojekten durchgeführt. In den drei baltischen Staaten wurden Projektvorschläge direkt von den Behörden eingereicht. Bis Ende 2008 hat das SECO im Bereich Umwelt und Infrastruktur zwei Projektvorschläge (7,7 Millionen Franken) im Bereich erneuerbare Energien in Slowenien und ein Projekt (13 Millionen Franken) zur Entsorgung von Altlasten in Lettland provisorisch gutgeheissen.

Im ersten Halbjahr 2009 werden in Polen, der Slowakei und in Tschechien öffentliche Aufrufe zur Eingabe von Projekten im Bereich Umwelt und Infrastruktur durchgeführt.



Verbesserung der Wasserqualität und Entsorgung von Altlasten in Lettland

Der frühere Petroleumhandel hat im lettischen Sarkandaugava-Gebiet zu einer starken Belastung für Umwelt und Bevölkerung geführt. Das SECO plant deshalb im Rahmen des Erweiterungsbeitrags zur Verbesserung der Wasserqualität und Sanierung des verunreinigten Gebiets im Industriehafen Rigas beizutragen. Mit dem Schweizer Beitrag sollen der verunreinigte Boden und das Wasser gesäubert und die Altlasten entsorgt werden. Somit soll die Verschmutzung des Flusses Daugava verhindert werden, der in die Ostsee fliesst. Das Konzept für das Projekt im Umfang von 13 Millionen Franken hat das SECO im Dezember 2008 genehmigt.

Privatsektor- und Handelsförderung

Zur Privatsektor- und Handelsförderung stellt das SECO in den neuen EU-Mitgliedstaaten insgesamt 114 Millionen Franken zur Verfügung. Finanziert werden Projekte zur Verbesserung des Zugangs zu langfristiger Finanzierung und zur Schaffung eines günstigen Geschäftsklimas für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Zudem werden Massnahmen zur Förderung des Exports und von ökologischen und sozialen Standards unterstützt.

In Polen, Ungarn, Lettland, Estland, Tschechien, der Slowakei und in Slowenien können seit 2008 Projektvorschläge zur Privatsektor- und Handelsförderung direkt von den Fachministerien eingereicht werden. Anfang 2009 wird in Ungarn ein öffentlicher Aufruf zur Projekteingabe im Bereich Handelsförderung durchgeführt. Im Dezember 2008 hat das SECO einen Projektvorschlag zur KMU-Finanzierung in Polen provisorisch gutgeheissen (53 Millionen Franken). Zudem wurde in mehreren Partnerländern ein Programm zur Anwendung transparenter Rechnungslegungsvorschriften für Unternehmen in der Höhe von 4,4 Millionen Franken genehmigt.²



Die Förderung von transparenten Rechnungslegungsvorschriften für Unternehmen in Slowenien, Estland, Lettland und Polen

Transparente Rahmenbedingungen sind ein entscheidender Faktor für die positive Entwicklung der Privatwirtschaft. Das SECO unterstützt deshalb in mehreren neuen EU-Mitgliedstaaten ein grenzüberschreitendes Programm zur Anwendung transparenter Rechnungslegungs- und Revisionsvorschriften. Das Programm soll dazu beitragen, einen wettbewerbsorientierten Markt für das Revisionsgewerbe und eine hohe Qualität der Prüfungsleistungen zu gewährleisten. Konkret sollen über die nächsten vier Jahre die öffentliche Aufsicht über Abschlussprüfer verstärkt, ein Qualitätssicherungssystem aufgebaut und die zuständigen Behörden in der Anwendung der geltenden internationalen Normen geschult werden.

Bis Ende 2008 wurde die Durchführung dieser Massnahmen in Lettland (1,9 Millionen Franken) provisorisch und in Estland (2 Millionen Franken) und Slowenien (1,5 Millionen Franken) von der Schweiz definitiv gutgeheissen. Ein ähnliches Projekt ist auch in Polen geplant.



² In Litauen, Malta und Zypern werden keine Projekte zur Privatsektor- und Handelsförderung durchgeführt.

Sicherheit, Stabilität und Reformen

Der Schwerpunkt *Sicherheit, Stabilität und Reformen* umfasst die Modernisierung des Justizwesens, die Grenzsicherheit, die Verhütung und Bewältigung von Naturkatastrophen sowie die Unterstützung von regionalen Entwicklungsinitiativen in benachteiligten Randgebieten.

Zur Förderung von Sicherheit und Stabilität in Europa hat die Schweiz mit sechs der zehn Länder – Ungarn, Polen, Slowakei, Tschechien, Estland und Lettland – die Verwendung von Mitteln im Umfang von 39,50 Millionen Franken im Bereich Sicherheit vereinbart. Die vorgesehenen Projekte umfassen unter anderem die Sicherung von Landesgrenzen – vor allem der Schengen-Aussengrenze –, die Modernisierung des Justizwesens sowie die Bekämpfung von Korruption und Kriminalität. Die Schweiz will in erster Linie die Partnerstaaten dabei zu unterstützen, ihre äussere und innere Sicherheit zu festigen und damit einen Beitrag zu mehr Sicherheit in Europa zu leisten. Im diesem Rahmen kann die Schweiz auch eigenes Fachwissen und Erfahrungen einbringen und auf bestehende Kontaktnetze zurückgreifen.

Im Jahr 2008 wurden in Estland und Lettland zwei Sicherheitsprojekte in der Höhe von 3.5 bzw. 8 Millionen CHF provisorisch gutgeheissen.



Verbrechensbekämpfung und Sicherung der EU-Aussengrenze in Estland

Die Kriminalitätsrate ist in Estland höher als in den EU-15-Staaten. Nach dem Beitritt zur Schengen-Region besteht zudem für die grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung der Bedarf, forensische Daten zwischen den Partnerländern auszutauschen. Das Projekt in Estland zielt daher darauf ab, die Verbrechensbekämpfung in Estland zu verbessern und einen Beitrag zur Sicherung der EU-Aussengrenze zu leisten. Zu diesem Zweck werden das Estnische Institut für Forensik und weitere mit der Strafverfolgung betraute Behörden mit 3,5 Millionen Franken unterstützt. Diese Mittel fliessen in moderne Ausrüstungen für die Durchführung von rechtsmedizinischen Untersuchungen, die Organisation von Schulungen sowie die Förderung von grenzüberschreitendem Erfahrungsaustausch.

Menschliche und soziale Entwicklung

Der Schwerpunkt menschliche und soziale Entwicklung umfasst Programme zur Förderung von Gesundheit, Wissenschaft und Bildung. Kleinprojekte lokaler Nichtregierungsorganisationen werden in verschiedenen thematischen Bereichen unterstützt. Im Weiteren werden Partnerschaften zwischen Gemeinden gefördert.

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit ist in acht Ländern ein Schwerpunktthema des Schweizer Erweiterungsbeitrags. In Kooperation mit den Partnerländern und Schweizer Wissenschaftsinstitutionen wurde ein Programm mit drei Kooperationsbereichen entwickelt: das Stipendienprogramm sciex-NMS^{ch}, bilaterale Forschungsprojekte sowie institutionelle Forschungspartnerschaften.



Das Stipendienprogramm sciex-NMS^{ch} mit acht Partnerländern

Das wissenschaftliche Austauschprogramm zwischen der Schweiz und den neuen EU-Mitgliedstaaten – sciex-NMS^{ch} – ermöglicht jungen Wissenschaftlern, ihre individuellen Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Es fördert zudem Forschung und Innovation und stärkt wissenschaftliche Netzwerke.

Der Schweizer Beitrag zum Programm sciex-NMS^{ch} beläuft sich auf total 29,08 Millionen CHF.

Von den Schweizer Stipendien können junge, akademische Forschende mit einem so genannten Master- oder PhD-Diplom aus den Partnerländern profitieren. Gefördert werden Kandidatinnen und Kandidaten, die sich durch hohe akademische Leistungen auszeichnen. Die Auswahl der Bewerbungen stützt sich auf die Qualität der Forschungsprojekte.

Die ersten Bewerbungswettbewerbe werden in Polen und Tschechien Mitte des Jahres 2009 und in anderen Ländern ab dem Herbst 2009 lanciert. Interessierte junge Wissenschaftler aus den acht Partnerländern können sich über die Website www.sciex.ch laufend informieren.

Empfängerland	sciex-NMS ^{ch} Programm Mio CHF
Polen	12.00
Ungarn	3.00
Tschechien	4.00
Litauen	4.00
Slowakei.	1.50
Lettland	2.00
Estland	1.58
Slowenien	1.00
Total	29.08

4. Möglichkeiten der Zusammenarbeit

Das Programm des Erweiterungsbeitrags bietet schweizerischen Akteuren verschiedene Möglichkeiten zur Beteiligung:

- Öffentliche Institutionen und Nichtregierungsorganisationen der Schweiz können sich zum Beispiel in die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags einbringen, indem sie dem Projektantragsteller oder dem Partnerland ihr **Fachwissen und ihre spezifischen Erfahrungen zur Verfügung stellen**. Eine Partnerschaft muss vom Projektantragsteller des Partnerlandes explizit gewünscht werden und sollte bei der Einreichung des Projektvorschlages erwähnt werden. Eine Zusammenarbeit dieser Art besteht z.B. im Gesundheitsbereich zwischen schweizerischen und slowenischen Spitälern.
- Ausserdem wurde im Rahmen des Erweiterungsbeitrags ein spezieller **Partnerschaftsfonds** geschaffen, der Zusammenarbeitsinitiativen zwischen nicht kommerziellen Institutionen der Schweiz auf der einen Seite und Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien und der Slowakei auf der anderen Seite finanziert. Unterstützt werden Projekte im Rahmen von Städte- und Gemeindepartnerschaften, aber auch gemeinsame Projekte von Sozialpartnern oder anderen nicht kommerziell ausgerichteten Organisationen und Institutionen. Zur Auswahl der Zusammenarbeitsprojekte finden öffentliche Wettbewerbe in den Partnerländern statt.

- Weiter unterstützt die Schweiz im Bereich Forschung und Entwicklung **wissenschaftliche Kooperationsprojekte und Austauschprogramme** zwischen Forschungsinstituten der Schweiz und der Partnerländer.

Diese drei Möglichkeiten der Zusammenarbeit sind in erster Linie Solidaritätspartnerschaften, die einen substanziellen Beitrag der schweizerischen Akteure erfordern, da über den Schweizer Erweiterungsbeitrag nur limitierte Kosten übernommen werden können.

Hingegen besteht für **Schweizer Unternehmen** die Möglichkeit einer **kommerziellen Beteiligung** an Programmen und Projekten des Erweiterungsbeitrags, indem sie an den öffentlichen Ausschreibungen der **Lieferungs- und Dienstleistungsaufträge** zur Umsetzung bewilligter Projekte teilnehmen. Die Auftragsvergabe erfolgt nach der jeweils geltenden Gesetzgebung des Partnerlandes sowie nach den Richtlinien der EU und der Welthandelsorganisation (WTO) über das öffentliche Beschaffungswesen. Dank diesen Regeln können sich Schweizer Unternehmen auch um Aufträge aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds der EU bewerben.



5. Kontakte und Adressen

Informationen rund um den Erweiterungsbeitrag, zu den Länderprogrammen und zur Projektauswahl sind auf der Website www.erweiterungsbeitrag.admin.ch auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich.

Länderspezifische Informationen zum Erweiterungsbeitrag in Englisch oder der jeweiligen Landessprache finden Sie auch auf den Websites der nationalen Koordinationseinheiten und unseren vier Schweizer Büros:

Websites der nationalen Koordinationseinheiten

Estland	www.swiss-contribution.ee
Lettland	www.swiss-contribution.lv
Litauen	www.swiss-contribution.lt
Malta	www.swiss-contribution.mt (geplant)
Polen	www.swiss-contribution.pl
Slowakei	www.swiss-contribution.sk
Slowenien	www.swiss-contribution.si
Tschechien	www.swiss-contribution.cz
Ungarn	www.swiss-contribution.hu
Zypern	www.swiss-contribution.gov.cy

Websites der Büros Erweiterungsbeitrag

Büro Erweiterungsbeitrag Budapest	www.swiss-contribution.admin.ch/hungary
Büro Erweiterungsbeitrag Prag	www.swiss-contribution.admin.ch/czechrepublic
Büro Erweiterungsbeitrag Riga	www.swiss-contribution.admin.ch/latvia
Büro Erweiterungsbeitrag Warschau	www.swiss-contribution.admin.ch/poland

Falls Sie Fragen zur Umsetzung des Schweizer Erweiterungsbeitrags haben, kontaktieren Sie bitte:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten (NMS)
 Freiburgstrasse 130
 3003 Bern
 Telefon: +41 31 322 68 46
 Fax: +41 31 324 16 96
swiss-contribution@deza.admin.ch

Für Medienanfragen:
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)
 Telefon: +41 31 322 21 11
 E-Mail: info@eda.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion (WEKO)
 Effingerstrasse 1
 3003 Bern
 Telefon: +41 31 322 78 24
 Fax: +41 31 324 09 62
swiss-contribution@seco.admin.ch

Für Medienanfragen:
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, SECO
Markus Spörndli
 Telefon: +41 31 324 09 10
info@seco-cooperation.ch

Photos: DEZA/Anna Maria Bojarowicz, Goran Galic; SECO; Fotolia.com/ Tony, fotoa-loja, Jakub Halor, Guido Thomasi, MarcinJurczuk; Mark Henley/Panos Pictures, Piotr Malecki/Panos Pictures; Wiki Commons



